

---

## Aussprache

---

### Lähmend für die Arbeiterbewegung

Zum Aufsatz von Wiesenthal/Hinrichs: An den Grenzen des Arbeiterbewußtseins, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/83, S. 775 ff.

Während viele Arbeiten, die sich mit der Auswirkung der Krise auf das Bewußtsein der Arbeitnehmer beschäftigen, die mögliche alternative Reaktion: gefestigtes, kollektives Selbstbewußtsein oder Resignation und individuelle Anpassung unentschieden lassen, setzen sich die beiden Autoren für die Auflösung des „Arbeiterbewußtseins“ bis zur Leugnung eines einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs ein. Damit ordnen sich die beiden Autoren - ob bewußt oder unbewußt - in eine Denkrichtung ein, wie sie innerhalb der Sozialdemokratischen Partei unter den Stichworten: „Pluralismus - Volkspartei - weg von der Vorstellung eines einheitlichen Arbeitnehmerbewußtseins - fundamentale Veränderung der Wertorientierung“ in Politikern wie Peter Glotz, Horst Ehmke und zum Teil auch Willy Brandt personifiziert werden kann. Mag eine solche Pluralismustheorie einer Partei mit dem Anspruch, für das ganze Volk da zu sein, noch berechtigt erscheinen, für die Gewerkschaften wäre sie verhängnisvoll. Sollten die Positionen von Wiesenthal/Hinrichs innerhalb des DGB ernsthafte Befürworter gewinnen, so würde dies die solidarische Kraft der Gewerkschaftsbewegung in ihrem Kern treffen.

Zuerst zur Behauptung eines angeblichen Wertewandels: fort von der Arbeitswelt - hin zu individualistischen Freizeitwelten, um es auf eine kurze Formel zu bringen. Die im Aufsatz angeführten, wissenschaftlichen Untersuchungen, die diesen Wertewandel belegen wollen, sind in einer Zeit gewonnen, in der die allgemeine Krisenerfahrung noch

nicht in das Bewußtsein der breiten Schichten der Arbeitnehmerschaft gedrungen war. Wir wissen aber aus den gewerkschaftseigenen Untersuchungen der letzten Zeit, daß mit der Ausbreitung der Massenarbeitslosigkeit die Sorge um einen sicheren Arbeitsplatz, d. h. das Interesse an der Arbeitswelt, in der Werteskala wieder absolute Priorität gewinnt. Es mag sein, daß in Zeiten einer relativen Prosperität andere Werte wie Freizeit, Umwelt an Bedeutung gewinnen, heute verengt sich die Pluralität der gesellschaftspolitisch bedeutsamen Wertorientierungen und Handlungspräferenzen wieder eindeutig auf den zentralen Lebensbereich der Arbeitersphäre.

Dies läßt sich exemplarisch an den Angestellten festmachen. Es sind die Erfahrung des krisenhaften Ausgesetztseins, die Abwertung von Tätigkeiten, die wachsende Gefahr der Arbeitslosigkeit, die dieser Schicht alte Illusionen nehmen. Daraus, daß die Angestellten in eine sozial ähnliche Position wie die Arbeiterschaft gedrückt werden, leiten die Gewerkschaften zu Recht die Möglichkeit einer besseren Organisierbarkeit ab.

Dies ist ein schlagendes Beispiel, wie die ökonomische Krise in mehr Einsicht in die Notwendigkeit kollektiven Widerstands und in die Renaissance eines einheitlichen Arbeitnehmerbewußtseins aufgehen kann. Aber sicherlich ist dies kein Automatismus; dieser Prozeß der Bewußtseinsbildung läuft wesentlich komplizierter ab. Dabei sind auch verschiedene Phasen der Krisen zu unterscheiden. Solange die Arbeitslosigkeit, gemessen an der Zahl der erfaßten Arbeitnehmer, mehr oder minder als eine Randerscheinung interpretiert werden konnte, die den Kernbereich der Arbeitnehmerschaft verschonte, konnte die Arbeitslosigkeit als ein „Phänomen“ von „Problemgruppen“ ausgrenzt werden (Ausländer, ältere An-

gestellte, nichtqualifizierte Frauen). In dem Maße aber wie die Arbeitslosigkeit als Flächenbrand sich über die gesamte Arbeitnehmerschaft legt (wobei die Statistik nicht nur wegen der stillen Reserven geschönt ist; jährlich werden doppelt so viel Arbeitnehmer mindestens einmal arbeitslos als in der Statistik als durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit ausgewiesen), werden „Problemgruppen“ durch den Strudel, der zunehmend größere Teile der gesamten Arbeitnehmerschaft bis zur Facharbeitergruppe erfaßt, in die „Massenarbeitslosigkeit eingeschmolzen.“

Die Massenarbeitslosigkeit schafft kollektive Betroffenheit im objektiven Sinne, wie sich am Beispiel der Angestellten dokumentieren läßt. Richtig ist andererseits - und da ist den Autoren Wiesenthal/Hinrichs zuzustimmen—, daß die objektive Betroffenheit nicht zu einer einheitlich subjektiven Reaktion führen muß, d. h., daß eine einheitliche Antwort auf das persönliche Schicksal gefunden wird. In dem Aufsatz von Zoll/Neumann zur Krisenreaktion von Arbeitern im gleichen Heft wird beklagt, daß die so betroffene Arbeitnehmerschaft ihr Schicksal als persönliches Versagen oder Versagen anderer (Sündenböcke) erklärt, oder zum Deutungsmuster Fatalismus als unabwendbare Folge einer unerklärlichen gesellschaftlichen Dynamik, die über sie hinweggerollt, greift. Dieses subjektive „Ausfransen, Zerfasern“ darf aber nicht, wie die Autoren dies gleichsam triumphierend tun, als zwangsläufige Reaktion der Mehrheit der Betroffenen aufgefaßt werden. Wie sollten sie auf eine einheitliche gesellschaftspolitische Interpretation ihrer Lage kommen, wenn die Gewerkschaften selbst keine einheitliche Krisentheorie besitzen, die sie als Erklärungsgrund zumindest ihren Organisierten anbieten könnten? Den Werftarbeitern Einsicht in den Zusammenhang von Krise und kapitalistischer Systemstruktur zum Zeitpunkt ihrer Entlassung beizubringen, ist in der Tat nicht möglich. Der Fehler liegt aber nicht darin, daß man einen richtigen Erklärungsgrund, nämlich die Krise, abgeleitet aus der

kapitalistischen Systemstruktur, anbietet, sondern daß man dieses viel zu spät tut. Hier rächt sich, daß der DGB unter Vernachlässigung wesentlicher Positionen des DGB-Grundsatzprogramms in den Schönwetterzeiten sich an einem mehr oder minder sozialpolitisch modifizierten Keynesianismus orientierte, der - nach seinem praktischen Versagen - auch den DGB (bisher) wirtschaftstheoretisch sprachlos gemacht hat.

In der Theorie über die Ausfransung eines ehemals einheitlichen Arbeiterbewußtseins darf auch nicht die These von der „Auflösung dichter sozialer Milieus“ fehlen, in denen angeblich früher die kulturelle Identität außerhalb der Arbeit eine gemeinsame Deutung des Verhältnisses zur Arbeit gewährleisten konnte. Mit solchen Formulierungen, wohl in Anlehnung an J. Moosers Proklamation der „Auflösung des proletarischen Milieus“, wird ein ebenso unwissenschaftliches wie romantisches Bild der (guten) alten Industrielwelt fabuliert: als wenn die historischen Formen der „Arbeiterkultur“ in der heute proklamierten Dominanz jemals tatsächlich existiert hätten; und als wenn andererseits nicht jede Generation, auch die heutige, die ihr gemäßen Sozialmilieus entwickelte! Die Abwanderung aus der Landwirtschaft in die Lohnarbeiterschaft, die Wanderbewegungen aus den agrarischen Regionen (Polen) in die Industriezentren, das Vorhandensein eines (kulturlosen?) Subproletariats, wie es heute in dieser Form nicht mehr existiert, hat die Knüpfung eines dichten sozialen Netzes nur in bestimmten traditionellen Industrieregionen ermöglicht und dies war durchaus nicht prägend für die gesamte Industriearbeiterschaft der Wilhelmschen Zeit oder der Weimarer Republik.

Die Autoren Wiesenthal/Hinrichs versuchen, mit Hilfe des von der amerikanischen Soziologie in den fünfziger Jahren in die deutschen Universitäten importierten Instrumentariums, die letztlich auf Marx zurückzuführende Methodik zu erledigen, zwischen die ökonomischen Krisenbedingungen in der

kapitalistischen Wirtschaft und die komplizierten subjektiven Umsetzungen eine handelnde Arbeiterbewegung zu stellen. Es sei ihnen nicht unterstellt, daß dies absichtlich geschieht. Aber wer so großen Wert auf die soziologischen Wertbegriffe legt, der muß sich fragen, ob er mit Formulierungen wie „entwickelte Industriegesellschaft“ nicht zugleich selbst Bewertungen trifft, die so nichtssagend wie entlarvend sind - sie zeigen

den geistigen Hintergrund einer anglophilen Soziologierichtung auf, die ihre Unbrauchbarkeit für die gesellschaftspolitische Analyse schon lange bewiesen hat, und die sich nur lähmend auf die Arbeiterbewegung als handelndes Subjekt in der Geschichte auswirken kann.

Dr. Gerd Elvers,  
DGB-Landesbezirk Bayern,  
Abt. Wirtschaft